Minister

An die
Vorsitzende des Bildungsausschusses
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Postfach 7121
24171 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/115**

Kiel, August 2005

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Bitte zur Stellungnahme zur Diskussion um den Erhalt der Rechtsmedizin in Schleswig-Holstein einschließlich des Antrages der FDP-Fraktion (Drucksache 16/16) komme ich gerne nach und nehme wie folgt Stellung:

Am 25. Juni 1999 hat die damalige Landesregierung beschlossen, das Institut für Rechtsmedizin an der Universität Lübeck als eigenständige Einrichtung zu schließen und zukünftig als Außenstelle des Institutes für Rechtsmedizin der Christian-Albrechts Universität Kiel (CAU) weiter zu führen. In 2000 wurde dann zur Umsetzung dieses Beschlusses der Leiter der Lübecker Rechtsmedizin Herr Prof. Manfred Oehmichen auf die freigewordene C4-Professur für Rechtsmedizin an die CAU versetzt. Die C4-Professur an der Universität Lübeck wurde nicht wieder besetzt.

Mit Ende des Sommersemesters 2004 wurde Herr Prof. Oehmichen in den Ruhestand versetzt. Seither wird die Professur von ihm selbst vertreten.

Für die Wiederbesetzung der Professur benötigt die Fakultät die Genehmigung des Wissenschaftsministeriums. Nach § 59a des HSG sowie entsprechenden Erlassen des Wissenschaftsministeriums hat die Fakultät bei Ausschreibungen von Professuren für Einrichtungen des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UK S-H) zunächst Einvernehmen mit dem Vorstandes des UK S-H herzustellen.

Der Vorstand des UK S-H hat aufgrund des hohen jährlichen Defizits des Institutes für Rechtsmedizin Bedenken gegen die Wiederbesetzung und damit einer Festschreibung der bestehenden Strukturen angemeldet. Die Fakultät und der Vorstand haben gemeinsam festgestellt, dass die Finanzierung der Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Budgets für Forschung und Lehre sowie der Erlöse aus der Krankenversorgung sicher zu stellen ist. Vor der Wiederbesetzung der W3-Professur für Rechtsmedizin ist eine Entscheidung zur Struktur des Dienstleistungsangebotes sowie deren Finanzierung notwendig. Daher wurde dem Wissenschaftsministerium bis lang kein Antrag auf Genehmigung einer Ausschreibung für eine W3 (C4)-Professur Rechtsmedizin vorgelegt.

Leistungsspektrum des Institutes für Rechtsmedizin

Die Rechtsmedizin erbringt neben Leistungen in der Forschung, Lehre und im Rahmen der Krankenversorgung erhebliche Dienstleistungen für die Bereiche Justiz, Polizei und öffentliches Gesundheitswesen. Eine Übersicht über das breite Leistungsspektrum des Instituts für Rechtsmedizin findet sich in der Anlage. Bezüglich des Lehrangebotes für die Studiengänge Humanmedizin in Kiel und Lübeck sowie dem weiteren Lehrangebot in Kiel verweise ich auf die Stellungnahmen der Dekane der Medizinischen Fakultäten der CAU und der Universität zu Lübeck. Die jährliche Größenordnung einiger zentraler Dienstleistungen für die Bereiche Polizei und Justiz zeigt die nachstehende Tabelle:

Art der Dienstleistung	Anzahl Lübeck	Anzahl Kiel
Obduktionen jeweils lt. StPO durchgeführt von 2 Ärzten	200	300
Vaterschaftsuntersuchungen	40	220
Toxikologische Untersuchungen	1.700	2.000
histologische Untersuchungen	40	60
körperliche Untersuchungen	80	50
Leichenfundortbesichtigungen	15	20

Kostenermittlung

Für die Erbringung der Dienstleistungen sowie für Aufgaben in der Lehre wird zur Zeit noch an den Standorten in Kiel und Lübeck eine entsprechende Infrastruktur vorgehalten. Dabei ist die Lübecker Außenstelle bis heute in angemieteten Räumen der Sana-Klinik (ehemals Städtisches Krankenhaus Süd) untergebracht.

In fast allen Bereichen übersteigen die Kosten für die Dienstleistungen die entsprechenden Einnahmen. Dieses Kostenunterdeckung verursacht insgesamt ein jährliches Defizit von ca. 850 T€.

Bei der Kostenermittlung wurde berücksichtigt, dass es sich bei allen Leistungen in der Regel um sog. Kuppelprodukte handelt, d.h. die erbrachte Leistung erfolgt z.B. auf Antrag der Justiz (gerichtliche Leichenöffnung) und dient zugleich der Forschung und Lehre. Daher wurde der Anteil Forschung und Lehre bei allen Dienstleistungen mit einem jeweils pauschalierten Ansatz berücksichtigt. Für die Beratungstätigkeit des Institutes wurden ebenfalls pauschalierte Kosten ermittelt. Auf einen höheren Detaillierungsgrad bei der Kostenermittlung wurde verzichtet, da dieser mit einem unververtretbaren Aufwand verbunden wäre und zudem das Beratungsangebot der Rechtsmedizin stark bürokratisieren würde.

Vor diesem Hintergrund lassen sich für die wesentlichen Bereiche die Kosten der einzelnen Dienstleistungen in der jeweiligen Größenordnung auf der Basis der in 2004 erbrachten Leistungen ermitteln. Dabei wurden auch die Infrastrukturkosten sowie die internen Verrechnungsbeziehungen im UK S-H berücksichtigt.

Die folgende Tabelle zeigt die Bereiche, die in 2004 wesentlich zum Defizit beigetragen haben.

Bereich	Defizit in 2004 an beiden Standorten (Abschlag FuL wurde berücksichtigt)
Gerichtliche Leichenöffnung	186 T€
Leichenschau und Lagerung	132 T€
Drogenanalytik (Polizei)	118 T€
Beratungen u. Veranstaltungen (Prosektur)	88 T€
Alkohol-Bestimmungen	87 T€
sonstige Beratungen und Veranstaltungen	104 T€

Untersuchung von Verletzten	47 T€
Feuerbestattungen	38 T€
übrige Bereiche	50 T€

Das Wissenschaftsministerium hält es nicht für vertretbar, dass das im Dienstleistungsbereich verursachte Defizit aus dem Zuschuss Forschung und Lehre getragen wird bzw. zur Erhöhung des Gesamtdefizits des UK S-H beiträgt.

Das UK S-H ist daher zunächst gebeten worden, zu prüfen, wie dieses Defizit abgebaut werden kann bzw. ob die Einnahmen für die stark defizitären Bereiche erhöht werden können.

In den stark defizitären Bereichen gerichtliche Leichenöffnung und der Leichenschau ist die Höhe der Gebühren bzw. der Honorare durch das bundesgesetzliche Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vorgegeben, so dass in diesem Bereich keine Einnahmeverbesserungen zu erzielen sind.

Erhebliche Wirtschaftlichkeitsreserven können allerdings durch eine Zentralisierung der Leistungserbringung am Standort Kiel mobilisiert werden. Dabei wurde in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung zahlreiche Einzelparameter berücksichtigt, wie z.B. Personaleinsparungen und effektiverer Personaleinsatz, Senkung der Infrastrukturkosten und die teilweise Umwandlung von Nebentätigkeit in Dienstaufgaben. Nach einer Hochrechnung des UK S-H wäre es möglich, bei einer kompletten Zentralisierung in Kiel einschließlich der sog. Prosektur und der Toxikologie die Kosten schrittweise um rund 650 T€ jährlich zu senken.

Sollte aus Sicht der Nachfrager (insbesondere der Justiz) die Aufrechterhaltung einer Infrastruktur in Lübeck notwendig sein, so verringert sich das Einsparpotenzial entsprechend. Bei Verbleib der Prosektur in Lübeck und der Konzentration aller Laborleistungen in Kiel (einschl. toxikologischer Notfallversorgung) ergibt die Hochrechnung ein Einsparpotential von rund 420 T€ jährlich, dass schrittweise bis 2010 realisiert werden könnte.

Bei Verbleib einer toxikologischen Notfallversorgung zusätzlich zur Prosektur in Lübeck können nur noch bis zu 280 T€ jährlich eingespart werden.

Dies bedeutet, dass bei Vorhaltung einer entsprechenden Infrastruktur, die Kosten durch entsprechende Zuschüsse der Dienstleistungsnachfrager gedeckt werden müssen. Dieses wären nach den bisher durch das UK S-H erstellten Berechnungen für die

Aufrechterhaltung der Prosektur ca. 230 T€ jährlich, sollte zusätzlich ein toxikologisches Notfall-Labor in Lübeck vorgehalten werden, würde sich diese Summe auf ca. 370 T€ erhöhen.

Aus Sicht des Wissenschaftsministeriums wäre eine Konzentration der Dienstleistungen in Kiel vertretbar, da auch bereits jetzt der gesamte nördliche und westliche Bereich Schleswig-Holsteins von Kiel aus versorgt wird. Die Bedürfnisse der Justiz und der Polizei würden mit dieser Lösung ausreichend berücksichtigt. Voraussetzung für dieses Modell ist allerdings, dass künftig die Finanzierung der Dienstleistungen für Dritte auf eine neue Basis gestellt wird.

Nach Auffassung des Wissenschaftsministeriums wäre die Konzentration aller Laborkapazitäten in Kiel bei Beibehaltung der Prosektur in Lübeck daher eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung, die auch das nach der Approbationsordnung geforderte Lehrangebot in Lübeck sicher stellen kann. Selbstverständlich wäre die Aufrechterhaltung eines breiteren Lehrangebotes, das über die Anforderungen der ärztlichen Approbationsordnung hinausgeht, wie es der Dekan der Lübecker Fakultät in seiner Stellungnahme beschreibt, wünschenswert. Das Wissenschaftsministerium teilt allerdings nicht die Auffassung des Dekans der Lübecker Fakultät, dass dieses für die Sicherstellung der Lehre erforderlich ist. Diese Auffassung wird auch durch die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur weiteren Entwicklung der Medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck bestätigt. Dort hatte der Wissenschaftsrat 1999 festgestellt, dass keine Notwendigkeit bestünde sowohl in Kiel als auch in Lübeck ein voll ausgestattetes Institut für Rechtsmedizin vorzuhalten.

Die Konzentration von Dienstleistungen in Kiel unter Beibehaltung eines einfach zugänglichen Beratungsangebotes, setzt allerdings voraus, dass auch die routinemäßigen Analysen in der Toxikologie sowie der Blutalkoholstelle weiterhin vom Institut für Rechtsmedizin in Kiel erbracht werden. Nur auf dieser breiten Angebotspalette ist es für das Institut möglich, zusätzlich die vielfältigen Beratungsangebote für externe Krankenhäuser, Polizei und Justiz aufrecht zu erhalten.

Daher sollten für die Bereiche der toxikologischen Routineuntersuchungen und der Blutalkoholstelle gesonderte Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen des Innenministeriums erfolgen. Bei dieser müssen den Ausgaben die entsprechenden Einnahmen gegenüber gestellt werden.

Fazit

Das Institut für Rechtsmedizin bietet für das öffentliche Gesundheitswesen, für die Justiz, die Polizei und externe Krankenhäuser eine breite Palette an Dienstleistungen einschließlich einer intensiven Beratungstätigkeit. Von dem zur Zeit jährlichen Defizit von rund 850 T€ könnten bis zu 650 T€ durch eine vollständige Konzentration des Angebotes am Standort Kiel abgebaut werden. Wenn jedoch auch weiterhin von den Dienstleistungsnachfragern ein Angebot in Lübeck als notwendig erachtet wird, ist eine entsprechende Finanzierung des verbleibenden Defizits erforderlich.

Daher ist es zunächst notwendig, Einvernehmen herzustellen über das benötigte Dienstleistungsangebot an den jeweiligen Standorten für die Bereiche Justiz, Inneres und öffentliches Gesundheitswesen sowie über dessen Finanzierung. Dazu wurden auf Referatsebene bereits vorbereitende Gespräche geführt.

Sobald eine Einigung erzielt wurde, wird das Wissenschaftsministerium die Medizinische Fakultät der CAU bitten, die Ausschreibung der W3-Professur Rechtsmedizin in die Wege zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dietrich Austermann